

Sankt Augustin, 09.09.2026

Pressemeldung: Lehrkräftemangel in NRW deutlich gestiegen – Eltern fordern ehrliche Debatte und keine Schönfärberei

Zum Schulstart 2026/2027 hebt Schulministerin Dorothee Feller hervor, dass an den Schulen in Nordrhein-Westfalen so viel Personal beschäftigt sei, wie seit den 1970er-Jahren nicht mehr. Auch die CDU-Landtagsfraktion stellt diese Entwicklung öffentlich als großen Erfolg dar.

Doch diese Darstellung greift aus Sicht der Eltern zu kurz. Mehr Personal bedeutet nicht automatisch, dass der Lehrkräftemangel gelöst ist oder dass an den Schulen wieder ausreichend Unterricht stattfinden kann.

Entscheidend ist nicht allein, wie viele Personen im Schulsystem arbeiten. Entscheidend ist, wie viele voll ausgebildete Lehrkräfte tatsächlich in Vollzeit zur Verfügung stehen und wie groß die Lücke im Unterrichtsalltag weiterhin ist.

Die zentrale Frage lautet deshalb: Ist das Lehrkräfteproblem wirklich kleiner geworden – oder wird die Lage nur positiver dargestellt, als sie an den Schulen tatsächlich ist?

Die veröffentlichten Zahlen mögen formal richtig sein. Sie beantworten aber nicht die Fragen, die für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte wirklich wichtig sind.

Aus unserer Sicht bleiben drei entscheidende Punkte offen:

1. Wie viele zusätzliche voll ausgebildete Lehrkräfte wurden tatsächlich eingestellt?
2. Welche berufliche Qualifikation haben die neu eingestellten Personen?
3. Wie hat sich der Lehrkräftemangel seit dem Amtsantritt von Frau Feller im Jahr 2022 entwickelt?

Das Ministerium spricht von zusätzlichen Personen an Schulen. Dazu zählen jedoch nicht nur Lehrkräfte, sondern auch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Alltagshelferinnen und Alltagshelfer. Außerdem bleibt offen, ob diese Personen in Vollzeit oder Teilzeit arbeiten. Für die Unterrichtsversorgung ist aber nicht die reine Personenzahl entscheidend, sondern die Zahl der ‚Vollzeitäquivalente‘.

Auch die Qualifikation der zusätzlich beschäftigten Personen muss transparent gemacht werden. Denn für Schüler und Eltern ist entscheidend, wer vor der Klasse steht, und mit welcher Ausbildung unterrichtet wird.

- I. Lehramtsabsolventinnen und Lehramtsabsolventen: Sie haben ein Lehramtsstudium abgeschlossen und den Vorbereitungsdienst erfolgreich durchlaufen. Das ist die Qualifikation, die Eltern sich für den Unterricht ihrer Kinder wünschen.
- II. Fachkräfte: Dazu können beispielsweise Mathematikerinnen oder Mathematiker gehören, die für den Mathematikunterricht eingestellt werden. Sie bringen Fachwissen mit; ihre pädagogische Ausbildung und Unterrichtserfahrung können jedoch sehr unterschiedlich sein.

- III. Alltagshelferinnen und Alltagshelfer: Sie unterstützen Schulen im Alltag. Sie ersetzen jedoch keine voll ausgebildeten Lehrkräfte.

Eine Statistik, die nur die Gesamtzahl der Personen nennt, verschleiert daher wichtige Unterschiede. Für eine ehrliche Bewertung braucht es Angaben dazu, wie viele voll ausgebildete Lehrkräfte tatsächlich zusätzlich zur Verfügung stehen und wie viele Stellen davon vollzeithalb besetzt sind. Qualität und Qualifikation sind für guten Unterricht ebenso wichtig wie die reine Anzahl der Beschäftigten.

Noch wichtiger ist jedoch eine zweite Frage, die in der in der Pressemeldung von Frau Feller nicht vorkommt:

Wie viele Lehrkräfte fehlen im Schulsystem weiterhin? Diese sogenannte Lehrkräftelücke müsste eigentlich kleiner werden und möglichst gegen null gehen. Tatsächlich zeigen die vom Schulministerium veröffentlichten Zahlen jedoch eine andere Entwicklung.

Zu Beginn des jeweiligen Monats Juni fehlten nach Angaben des Schulministeriums an den Schulen in Nordrhein-Westfalen:

2022:	4.369
2023	6.715
2024	6.050
2025	6.968
2026	7.772

Damit ist die Lehrkräftelücke von 4.369 fehlenden Lehrkräften im Jahr 2022 auf 7.772 im Jahr 2026 gestiegen. Das entspricht einem Anstieg um rund 78 Prozent. Dabei ist nicht klar, ob der zusätzliche Bedarf durch die vollständige Rückkehr zu G9 an den Gymnasien berücksichtigt wurde.

Für G9 geht das Ministerium von rund 1.250 zusätzlichen Stellen aus. Würde man diesen Bedarf hinzurechnen, stiege die Lücke ab dem 01.08.2026 auf **über 9.000 fehlende Lehrkräfte**.

Das wäre gegenüber 2022 eine Steigerung um knapp 106 Prozent.

Ab dem Schuljahr 2028/2029 kommt nach Angaben des Ministeriums ein weiterer Mehrbedarf von etwa 1.600 Stellen hinzu aufgrund der Einführung der ABC-Klassen. Auch diese Lehrkräfte fehlen heute in den o.g. Zahlen, sind aber bereits bekannt. **Damit steigt die Lücke auf über 10.600 fehlende Lehrkräfte.**

Das Ministerium hat den zusätzlichen Bedarf durch G9 grundsätzlich vorhergesehen und sogenannte Vorgriffstellen geschaffen. Lehrkräfte wurden zunächst an anderen Schulen eingesetzt und sollen nun an die Gymnasien wechseln. Dadurch werden dort Lücken geschlossen, während an anderen Schulformen – insbesondere an Grund- und Gesamtschulen – neue oder größere Lücken entstehen.

Kurz gesagt:

Was an den Gymnasien zusätzlich besetzt wird, fehlt an anderer Stelle im Schulsystem.

In der Praxis führt das zu massiven Problemen. An einzelnen Gesamtschulen können trotz Vertretungsunterricht mehrere hundert Unterrichtsstunden pro Woche nicht erteilt werden.

Frau Feller, berichten Sie auch über die Schulen, an denen Unterrichtsausfall inzwischen zum Alltag gehört? Ihre Parteifreunde in Niedersachsen formulieren treffend:

Unterrichtsausfall darf kein Hauptfach werden.

Genau das fordern auch die Elternverbände: Unterrichtsausfall darf nicht zum Normalzustand werden. Dafür braucht es eine ehrliche Debatte über den Lehrkräftemangel und eine gemeinsame Suche nach wirksamen Lösungen. Die Vorgriffstellen haben die Lücke nicht kleiner gemacht, sondern lediglich verschoben. Eltern erwarten Transparenz – und keine Darstellung, die den Eindruck erweckt, die Personalprobleme im Bildungsbereich seien bereits gelöst.

Fazit

Mehr Personal an Schulen ist grundsätzlich zu begrüßen. Es reicht aber nicht, diese Zahl als Erfolg zu feiern, solange gleichzeitig immer mehr Lehrkräfte fehlen und Unterricht ausfällt. Wir fordern Schulministerin Feller deshalb auf, die Lage offen und vollständig darzustellen. Eltern können mit der Wahrheit umgehen, und beteiligen sich an konstruktiven Lösungen.

Für den Vorstand der Landeselternkonferenz
Hinrich Pich